



BBW
Beamtenbund
Tarifunion

BBW - Beamtenbund Tarifunion Postfach 10 06 13 70005 Stuttgart

An die
Delegierten der
Parteitage von
Bündnis 90 / Die Grünen Baden-Württemberg und
CDU Baden Württemberg

Landesgeschäftsstelle

Am Hohengeren 12
70188 Stuttgart
Telefon: 0711/16876-0
Telefax: 0711/16876-76
Internet: <http://www.bbw.dbb.de>
e-mail: bbw@bbw.dbb.de

06. Mai 2016

Sehr geehrte Delegierte,

erst Grün-Rot, jetzt Grün-Schwarz: Beim Sparen für den Landeshaushalt sind Beamtinnen und Beamte erste Wahl. Eingriffe in die Pension, Deckelung der Besoldungserhöhung bei der Übertragung von Tarifiergebnissen, Altbekanntes steht wieder im Raum – diesmal in grün-schwarzer Aufmachung.

Ob sich die neuen Koalitionäre mit solchen Plänen nicht gewaltig verkalkulieren?

Wir warnen: Strukturelle Eingriffe, wie Pensionskürzungen oder eine aufgehende Schere zwischen Tarifbeschäftigten und Beamtinnen und Beamten bergen hohe rechtliche Risiken. Das belegen die jüngsten Urteile von Bundesverfassungs- und Bundesverwaltungsgericht. Die rechtliche ist jedoch nur eine Seite sich aufzeigender Grenzen für die politischen Akteure. Die andere Seite ist die weiter schwindende Glaubwürdigkeit der großen Volkspartei CDU, aber auch der jüngst zumindest in Baden-Württemberg gewachsenen Grünen. Auf ein und derselben Seite im Koalitionsvertrag (Seite 69) ist zu lesen, dass „in Zeiten des Fachkräftemangels eine Attraktivitätsoffensive für Nachwuchskräfte in den öffentlichen Verwaltungen“ gestartet werde. Ganze acht Zeilen darunter findet sich die Ankündigung, man werde die „Absenkung der Eingangsbesoldung ... im Rahmen der Haushaltsvorgaben bis zum Jahr 2022 (!!!) schrittweise rückgängig“ machen. Wie passt das alles zusammen?!

Auch der in diesen Wochen festgestellte Haushaltskrater ist nur schwer nachvollziehbar. Noch nie hatte Baden-Württemberg solche Einnahmen, und dann soll kein Geld da sein für die Stützen des Staates, den öffentlichen Dienst, die Beamtinnen und Beamten?

Erinnern wir uns, bis zum Wahltag brüstete sich die Vorgängerregierung solide gehaushaltet zu haben, nach dem „Desaster“ der CDU-FDP-Regierung vor 2011. Moment, das waren doch Erfolgsmeldungen... Und das soll alles nicht mehr gelten? Konnte Finanzminister Dr. Schmid etwa nicht rechnen? Oder hat er gar – gemeinsam mit dem alten und neuen Ministerpräsidenten – uns allen etwas vorgemacht? Hier geht Vieles an Glaubwürdigkeit zu Bruch, von mehrfach bekräftigten Wahlzusagen will ich gar nicht reden. Wundert es da noch, wenn immer mehr Bürger ihr Vertrauen in die politische Kaste verlieren?

Noch scheint die Erkenntnis, welche Rolle der öffentliche Dienst, mit Tarifbeschäftigten und Beamtinnen und Beamten, in den vergangenen Jahrzehnten ausgefüllt hat, bei vielen politischen Entscheidungsträgern nicht angekommen zu sein. Allein die Herausforderungen im vergangenen Jahr angesichts des Flüchtlingszustroms scheinen schon zu verblassen. Dazu passen gerade die anvisierten Stellenstreichungen und Wiederbesetzungssperren ...

Wir werden nicht nachlassen, unsere Finger in die offenen Wunden zu legen.

Mit freundlichen Grüßen

V.i.S.d.P.: Volker Stich, Vorsitzender